

Jannis Eicker*

Die AfD als erfolgreiches rechtes Hegemonieprojekt

Erklärt die migrationspolitische Repräsentationslücke den Aufstieg der AfD?

Zusammenfassung: Auf die Wahlerfolge der AfD reagieren die anderen Parteien mit einer Anpassung an deren Migrationspolitik. Dass dies dem Höhenflug der AfD bisher keinen Abbruch getan hat, ist nicht verwunderlich. Denn die Gründe für das Erstarken der extremen Rechten liegen nicht in einer vermeintlich zu liberalen Migrationspolitik, sondern sind unter anderem in der tiefen Verankerung neoliberaler Ideologiemerkmale und Politiken sowie den damit einhergehenden Frustrationen zu suchen.

Schlagwörter: extreme Rechte, Hegemonie, Migration, Neoliberalismus, Repräsentationslücke

The AfD as a Successful Right-Wing Hegemony Project

Does the Migration Policy Representation Gap Explain the Rise of the AfD?

Abstract: The other parties are reacting to the AfD's (Alternative for Germany) electoral success by adapting to its migration policy. It is not surprising that this has not stopped the AfD from soaring so far. After all, the reasons for the rise of the far right are not to be found in a supposedly overly liberal migration policy, but rather in the deeply rooted neoliberal ideological elements and policies within German society and the associated frustrations.

Keywords: Extreme Right, Hegemony, Migration, Neoliberalism, Representation Gap

Seit ihrer Gründung im Jahr 2013 seit die Alternative für Deutschland (AfD) mit wenigen Ausnahmen von Wahlerfolg zu Wahlerfolg. Wäh-

rend es sich dabei in der Vergangenheit vor allem um Achtungserfolge handelte, erringt die Partei nun immer mehr Wahlsiege im eigentlichen Sinne (zum

* Jannis Eicker hat zum extrem rechten Hegemonieprojekt im »langen Sommer der Migration« promoviert und ist Mitglied des ILA-Kollektivs.

Landrat, Bürgermeister, Oberbürgermeister oder mit dem höchsten Stimmenanteil für den Thüringer Landtag). Zwar sieht es so aus, als würden solche Erfolge auf absehbare Zeit tendenziell auf die neuen Bundesländer begrenzt bleiben. Dennoch ist die AfD damit längst auch auf Bundesebene zu einem erheblichen Machtfaktor geworden, dessen Einfluss nicht nur, aber vor allem in der Migrationspolitik bereits allzu offensichtlich ist.

Eine einfache Erklärung für diese Entwicklung gibt es nur auf den ersten Blick. Zwar ist es angesichts der andauernden migrationspolitischen Debatten naheliegend, die Wahlergebnisse auf eine vermeintlich zu liberale Migrationspolitik der anderen Parteien zurückzuführen bzw. darauf, dass diese durch große Teile der Bevölkerung abgelehnt würde. Diese Lesart, die die derzeitige öffentliche Debatte bestimmt, wird ganz offensichtlich auch von den meisten anderen Parteien vertreten. Diese reagieren auf die AfD-Erfolge im Grunde bereits seit Parteigründung mit einer schrittweisen Anpassung an deren migrationspolitische Positionen, was sich derzeit etwa an der Politik der Ampelregierung ablesen lässt. Sie folgen damit der These von der Repräsentationslücke, nach der sich ein relevanter Teil der Gesellschaft von der herrschenden Politik (etwa hinsichtlich der Migrationspolitik) nicht mehr repräsentiert fühle, sodass sich eine parteipolitische Lücke aufgetan habe, die nun die AfD füllen könne.

Folgt man diesem Erklärungsansatz, scheint vor allem eine Lösung nahelie-

gend: Um der AfD das Wasser abzugra- ben, müssten die anderen Parteien eben diese Lücke selbst besetzen. Genau dieses Reaktionsmuster ist spätestens seit dem »langen Sommer der Migration« dominant, was sich in der kontinuierlichen Verschärfung der Asylpolitik am deutlichsten zeigt (Eicker 2024). Dies hat zwar die Situation Geflüchteter erheblich verschlechtert, aber bisher weder Menschen von der Flucht abgehalten (oder gar Fluchtursachen beseitigt) noch der AfD den Wind aus den Segeln genommen. Daran zeigt sich, dass das Verhältnis von einer vermeintlich zu liberalen Migrationspolitik und AfD-Erfolgen komplizierter ist, als es die Figur der (migrationspolitischen) Repräsentationslücke impliziert.

Tatsächlich geht die Rechtsextremismusforschung bereits seit einiger Zeit davon aus, dass sich die Erfolge der extremen Rechten nie durch nur einen Faktor erklären lassen (z.B. Stöss 1994: 40). Vielmehr gelten viele verschiedene Faktoren als mögliche erklärende Variablen, deren Zusammenspiel aber umstritten ist (Eicker 2021). Im Folgenden will ich vor allem eine Perspektive stark machen, die in der Mainstream-Rechtsextremismusforschung bisher im Grunde keine Rolle spielt, nämlich eine historisch-materialistische beziehungsweise hegemonietheoretische. Anstelle einer abstrakten, allgemeinen Erklärung, wieso die extreme Rechte erstarkt, will ich dabei aber vor allem die Rolle der Migrationspolitik der AfD beleuchten.

Meine Ausführungen knüpfen dabei unter anderem an jene Literatur an, die

einen Zusammenhang zwischen (Hegemonie und Krise des) Neoliberalismus und dem Erstarken der extremen Rechten sieht. Neoliberalismus versteht ich hierbei als Überbegriff für unterschiedliche ideologische Strömungen, die eine Umgestaltung der Gesellschaft im Sinne der »Logik des ökonomischen Wettbewerbs« (Kastrup 2016: 41) bzw. nach dem Vorbild des »freien Marktes« anstreben. Die neoliberale Ideologie reduziert Menschen dementsprechend »auf ihre Funktion als Marktindividuen« (Morgenstern 2005: 163), deren »Freiheit« primär darin besteht, sich als Konkurrent*innen gegeneinander behaupten zu dürfen.

Das Ergebnis der Marktprozesse wird dann sozialdarwinistisch als »Recht des Stärkeren« legitimiert, das durch die Selektionsfunktion letztlich dem Allgemeinwohl diene. Christoph Butterwegge (2008: 206) betont diesbezüglich schon seit langem einerseits die »signifikante[n] Übereinstimmungen« von extrem rechten und neoliberalen Ideologien, zum Beispiel in Form des Sozialdarwinismus. Andererseits weist er auch auf die durch neoliberale Politik in Gang gesetzten (oder mindestens) verschärften strukturellen Entwicklungen hin, wie die Zunahme sozialer Ungleichheit und die Vernachlässigung sozialer Infrastruktur, die letztlich zum Erstarken der extremen Rechten beitragen. Hinzu kommt spätestens seit 2008 die Hegemoniekrise des Neoliberalismus (z.B. Oberndorfer 2012), dem im Kontext einer immer krassereren multiplen Krise (Demirović u.a. 2011) immer we-

niger zugetraut wird, sein Versprechen von Freiheit und Wohlstand einzulösen.

Eigentlich sollte eine solche Hegemoniekrise eine Chance für die Linke sein, doch dazu müsste es ihr gelingen, »die Frustration [zu] bündeln und Perspektiven auf[zu]zeigen« (Urban 2009: 77). Dies gelingt derzeit vor allem der extremen Rechten, die sich erfolgreich als gegen-hegemoniale Kraft inszeniert und dabei große Teile rechtspopulistischer, neurechter bis hin zu neonazistischen Strömungen zusammenführt. Dieses extrem rechte Hegemonieprojekt interpretiert die Hegemoniekrise des Neoliberalismus im Sinne des völkischen Nationalismus (Kellershohn 1998) als Unterminierung der vermeintlichen (biologischen wie kulturellen) Substanz des deutschen Volkes. Dieses Krisennarrativ ist als Rede vom »Volkstod« nicht nur im Neonazismus, sondern als »Umvolkung« bzw. »Großem Austausch« auch in der sogenannten Neuen Rechten zentral und wurde vor allem in seiner rechtspopulistischen Version als »Deutschland schafft sich ab« durch Thilo Sarrazin bzw. den »Untergang des Abendlandes« durch Pegida noch vor der vermeintlichen »Flüchtlingskrise« fester Bestandteil des öffentlichen Diskurses. Diesem Narrativ liegt eine rassistisch-homogenisierende Konstruktion und Überhöhung des Volkes zum zentralen Kollektiv-Subjekt zugrunde, dem – so die extrem rechte Politikvorstellung – alle anderen Interessen untergeordnet werden müssten.

Die für die extreme Rechte zentrale Ideologie von natürlicher Ungleichheit

wirkt damit nicht nur nach außen, sondern als Hierarchisierungsprinzip ebenso nach innen (Birsl 2011). Intragessellschaftliche Differenzen und Konflikte (etwa Klassegegensatz und Patriarchat) werden dementsprechend naturalisiert bzw. zugunsten von intergesellschaftlichen Gegensätzen weitgehend negiert oder zu Innen-Außen-Konflikten uminterpretiert. Insofern lässt sich die extrem rechte Ideologie auch als völkische Zuspitzung des Neoliberalismus denken (z.B. Seeßlen 2024: 27), wobei der zentrale Unterschied, grob gesagt, darin besteht, ob die Ungleichheit primär über die vermeintlichen Notwendigkeiten des Marktes oder des Volkes legitimiert wird.

Das Erstarken des extrem rechten Hegemonieprojekts – das mit den AfD-Erfolgen keineswegs erschöpfend erfasst wäre – hat vielfältige Gründe auf verschiedenen Ebenen. Im Folgenden möchte ich auf eine kleine, keineswegs umfassende Auswahl von Faktoren eingehen, die sich auch als »Machtressourcen« (Buckel u.a. 2014: 49ff.) des extrem rechten Hegemonieprojekts vor allem im Feld der Migrationspolitik begreifen lassen und die die oben genannte Rolle des Neoliberalismus hinsichtlich der Erklärung des Erstarkens der extremen Rechten aufgreifen.

Von wegen Tabubruch: Wie die AfD an den migrationspolitischen Mainstream anknüpfen kann

Ein Faktor für die Erfolge der extremen Rechten ist, dass es ihr gelingt, an im Alltagsverstand bzw. in institutionellen

Selektivitäten verankerten Ideologien und Politiken anzuknüpfen. Dies ist gerade auch in der Migrationspolitik der Fall, deren heutiges Terrain strukturell maßgeblich vom kapitalistischen Widerspruch zwischen Kontrolle und Mobilität von Arbeitskräften geprägt ist, aber historisch von politischen Auseinandersetzungen überformt wird, in denen stets auch »identitäts-« und sozialpolitische Diskussionen mitverhandelt werden (z.B. Georgi 2018: 76ff.).

Die deutsche Migrationspolitik bestand dabei, sehr vereinfacht zusammengefasst, schon immer aus Kompromissen vor allem zwischen neoliberalverwertungsllogischer Befürwortung und nationalistischer bis rassistischer Ablehnung von Einwanderung; also einer tendenziell ökonomistischen Kosten-Nutzen-Rechnung einerseits und der Betonung anderer vermeintlicher Kosten andererseits, wie etwa Gefahren für die kulturelle Homogenität oder öffentliche Sicherheit. Die Kompromisse der »Gastarbeiterpolitik« des Fordismus und des neoliberalen Migrationsmanagement weisen darauf hin, dass es sich bei diesen Perspektiven keineswegs um notwendig widersprüchliche Positionen handelt. Vielmehr müssen sie als sich funktional ergänzende komplementäre Pole begriffen werden (Ha 2008: 22). Diese zeichnen sich letztlich *beide* dadurch aus, dass sie »die ausländischen Arbeitnehmer dem ›deutschen Interesse‹ unterordne[n] und nach ihrer Nützlichkeit fürs angebliche deutsche Kollektiv definier[en]« (Kaindl 2005: 188).

Genau an dieser Komplementarität setzte die AfD an, um die bestehende Migrationspolitik völkisch-rassistisch zuzuspitzen (Fedders 2016). Anfangs ging es ihr dabei primär um die Stärkung rassistischer Elemente innerhalb des neoliberalen Migrationsmanagements, indem sie etwa die Auswahl der Zuwanderer*innen stärker an deren »Integrationswillen« knüpfen wollte. Inzwischen fordert sie nicht nur eine Neuauflage der »Gastarbeiterpolitik« in Form einer Migrationspolitik »nach japanischem Vorbild« (AfD 2021: 99), sondern auch die »Remigration« einer großen Anzahl von Menschen mit Migrationshintergrund (AfD 2024a). Das wiederum erinnert an die Versuche aus den 1980er-Jahren, die »Gastarbeiter*innen« zur Rückkehr zu bewegen (z.B. Akçit 2023). Und hatte die Forderung nach einem »Migrationsmoratorium« beim Bundesparteitag 2021 noch zu heftigen Kontroversen geführt (Görmann 2021), wird eine solche Maßnahme inzwischen von der Bundesspitze selbst gefordert (z.B. Weidel 2024).

Dementsprechend lässt sich die Migrationspolitik der AfD als völkische Zuspitzung vergangener migrationspolitischer Kompromisse interpretieren. Deren Erfolg dürfte damit zusammenhängen, dass sie anfangs nahezu nahtlos an das hegemoniale neoliberale Migrationsmanagement anknüpfen konnte, das sie seitdem Schritt für Schritt nach rechts zu verschieben versucht.¹ Dies weist auf die Relevanz der »Modernisierung« der extremen Rechten hin: Anstelle eine Maximalforderung zu for-

mulieren, wie etwa Einwanderung allgemein abzulehnen à la »Deutschland den Deutschen«, was in der allgemeinen Öffentlichkeit schnell als extrem rechte Position problematisiert würde, knüpft die AfD – als kompromisshafte Verdichtung der durchaus konfligierenden migrationspolitischen Positionen innerhalb der extremen Rechten – stets an Politiken des Mainstreams an und verschärft diese gerade genug, dass die Chance besteht, den Diskurs ein Stück weit nach rechts zu verschieben. Dies dürfte auch einer der Gründe sein, warum die AfD in ihrer Anfangszeit im Mainstream kaum als potenziell extrem rechte Partei erkannt wurde, obwohl es an Anzeichen dafür nicht mangelte (z.B. Oppenhäuser 2013).

Bei genauerer Betrachtung waren es aber in der Vergangenheit keineswegs nur extrem rechte Akteure wie die AfD, die die Grenze des Sagbaren nach rechts verschoben haben (was nicht an fehlenden Versuchen, sondern an fehlenden Machtressourcen lag), sondern oft genug Politiker*innen der vermeintlichen politischen Mitte. Im »langen Sommer der Migration« etwa bestand Horst Seehofer wochenlang auf einer – vermutlich weder bundes- noch europarechtlich zulässigen – absoluten

1 Was ihr etwa im »langen Sommer der Migration« auch gelang, als sich viele neoliberale Akteure, die zunächst als Unterstützer*innen einer Politik der »offenen Grenzen« gesehen wurden, im Kontext der Verschiebung des öffentlichen Diskurses nach rechts hinter die sehr restriktiven Gesetzesvorschläge der Regierung stellten (Eicker 2024: 218f.).

Obergrenze für Fluchtzuwanderung, was auch von Pegida, AfD etc. gefordert wurde (Eicker 2024). Er ließ diese Forderung schließlich wieder fallen, erweckte dadurch aber den Eindruck, dass deren Umsetzung lediglich am fehlenden politischen Willen der »Altparteien« gescheitert wäre.

Die AfD konnte sich daraufhin besonders überzeugend als jene Kraft inszenieren, die für eine konsequente Umsetzung dessen stünde, was auch aus anderen Parteien heraus schon gefordert, aber nicht umgesetzt wurde. Genau dieses Muster lässt sich auch in der aktuellen Debatte beobachten, etwa wenn Bundeskanzler Olaf Scholz (zit. n. Hickmann/Kurbjuweit 2023) fordert, »endlich im großen Stil [...] ab[zu]schieben« und damit impliziert, dass dies primär eine Frage des politischen Willens wäre. Er trägt so zu einer doppelten Legitimierung der extremen Rechten bei: Erstens weil er ihrer migrationspolitischen Position zumindest in der Stoßrichtung recht zu geben scheint; zweitens weil er damit Erwartungen weckt und nährt, die er (rechtsstaatlich) nicht wird einlösen können.² Dies gilt ebenso für Maßnahmen wie die Leistungskürzungen für sogenannte Dublin-Flüchtlinge oder Abschiebungen nach Afghanistan, die zwar hinter den Forderungen der AfD zurückbleiben, aber trotzdem die Botschaft senden, dass diese Forderungen grundsätzlich richtig wären und dass

gegenüber Geflüchteten auf die Einhaltung rechtsstaatlicher Standards bzw. grundlegender Menschenrechte verzichtet werden könnte. Die AfD kann dies (zu Recht) als Erfolg für sich werten, was ihre Wähler*innen in ihrer Unterstützung für die Partei nur noch bestärken dürfte.

Der Neoliberalismus als Gelegenheitsstruktur für extrem rechte Erfolge

Die AfD profitiert aber nicht bloß diskursiv bzw. »ideell« von den vergangenen migrationspolitischen Kompromissen und Strategien anderer Akteur*innen, indem sie auf deren Elementen aufbauen und deren konsequente Umsetzung einfordern kann. Vielmehr verleihen gerade auch die *materiellen* Folgen dieser Politiken anderer Parteien der extrem rechten Strategie ihre Kohärenz. Dies verdeutlicht beispielhaft das neoliberale finanzpolitische Korsett, also die gleichzeitige Ablehnung sowohl von neuen Schulden als auch von Steuererhöhungen. Denn erst im Kontext eben dieser neoliberalen Finanzpolitik wird die Behauptung der extremen Rechten (und Konservativen), dass Deutschland mit der Aufnahme von Geflüchteten überfordert wäre, überhaupt plausibel (Eicker 2024: 214ff.).

Diese Plausibilität entsteht erstens dadurch, dass bei neoliberalem Sparzwang Ausgaben für Geflüchtete dem Alltagsverstand tatsächlich als Vernachlässigung der Interessen und Bedarfe anderer Gruppen erscheinen müssen.

2 »Unvereinbar mit der Menschenwürde«, <https://www.tagesschau.de/> (30.8.2024).

Ganz in diesem Sinne setzte sich die AfD (2024b) bei Diskussionen über die Probleme bei der Deutschen Bahn während der Europameisterschaft dafür ein, »dass die gigantischen Ausgaben [...] vor allem für Migration drastisch gekürzt werden [sollten], sodass ausreichende finanzielle Spielräume für unsere eigenen Herausforderungen entstehen«. Aber auch Sarah Wagenknecht bedient genau dieses Ausspielen von Innen vs. Außen, etwa wenn sie fordert, dass die »hohen Leistungen für Asylbewerber [...] für höhere Renten [...] der eigenen Bevölkerung eingesetzt werden« (zit. n. Janz 2024). In beiden Fällen bleibt verschleiert, dass die Infrastrukturprobleme und niedrigen Renten strukturelle Probleme sind und dass der deutsche Staat mittels (gerechterer, also höherer) Besteuerung besonders hoher Einkommen und Vermögen oder einer klügeren Schuldenpolitik durchaus den nötigen Spielraum für die Finanzierung all dieser Aspekte hätte.

Noch relevanter dürfte aber zweitens sein, dass genau dieser neoliberale Sparkurs die soziale Infrastruktur so herunterwirtschaftet, dass zentrale gesellschaftliche Bereiche öffentlicher Daseinsvorsorge sich tatsächlich an ihren Belastungsgrenzen befinden. Das bringt eben jene Zustände hervor, die dann entweder den Geflüchteten unmittelbar zur Last gelegt werden können oder vor deren Hintergrund der Eindruck entsteht, dass wir uns selbst das äußerst Wenige, das Geflüchtete bekommen, kollektiv nicht mehr leisten könnten. Genau in diese Kerbe schlug

auch Friedrich Merz, als er behauptete, dass »die deutschen Bürger« wegen der Geflüchteten beim Zahnarzt keine Termine mehr bekämen (zit. n. Metzger/Klein 2023). Dabei blendete er nicht nur die Tatsache aus, dass Geflüchtete einen schlechteren Zugang zu medizinischen Leistungen haben, sondern ebenso den eigentlichen Grund für lange Wartezeiten: die strukturelle Unterfinanzierung des Gesundheitssystems.

Ganz allgemein spielt die Unfähigkeit – oder besser: der Unwillen – der neoliberalen Politik, für soziale Gerechtigkeit zu sorgen, der extremen Rechten in die Hände. Denn erst durch die Ungleichheitsstrukturen, die den Neoliberalismus verstärken, und das alltägliche Erleben zunehmender sozialdarwinistischer Konkurrenz, werden Ideologien der Ungleichheit, also der Kern der extrem rechten Strategie, nicht nur zur plausiblen Erklärung sozialer Verhältnisse, sondern ebenso zur scheinbar notwendigen Legitimation des eigenen Selbsterhalts. Mit anderen Worten: Werden Werte wie Gleichheit und Solidarität nicht alltäglich erlebt und wird zudem beharrlich behauptet, dass wir uns diese Werte nicht mehr leisten könnten, ist es nicht verwunderlich, wenn die Einforderung dieser Werte im Umgang mit marginalisierten Gruppen letztlich als Hohn erscheinen muss. Tatsächlich dürfte die Attraktivität der extremen Rechten für viele nicht zuletzt auch darin bestehen, sich mittels der Erniedrigung der »Anderen« ihrer eigenen Position im beständigen Konkurrenzkampf zu versichern und so

zunehmende Gefühle von Unsicherheit und Kontrollverlust zu kompensieren (Heitmeyer 2018). Trotzdem arbeiten sowohl die Ampel-Regierung als auch der Großteil der Opposition in zunehmender »politischer Paranoia« (Seeßlen 2024: 26) an der fortschreitenden Schwächung der ohnehin schon stark in Mitleidenschaft gezogenen Solidarstrukturen.

Erfolgreiche extrem rechte Hegemoniearbeit und mögliche Gegenstrategien

Die Erfolge der AfD hängen also weniger mit einer vermeintlich zu »liberalen« Migrationspolitik zusammen als vielmehr damit, dass die AfD in bestehenden Politiken sowie im migrationspolitischen Diskurs des Mainstreams stets Anknüpfungspunkte, wenn nicht gar Steilvorlagen, für ihre menschenverachtenden Positionen finden konnte. Vor allem aber übersieht der Erklärungsansatz der migrationspolitischen Repräsentationslücke, dass durch spezifische gesellschaftliche Verhältnisse das Politikangebot der AfD überhaupt erst für große Teile der Bevölkerung plausibel und attraktiv wird. Diese Diskurse und Strukturen bestehen – ebenso wie die menschenfeindlichen Einstellungen – bereits seit langem. Das wirft die Frage auf, warum die ebenfalls seit langem existierenden extrem rechten Einflussversuche erst jetzt fruchten. Diesbezüglich spielt sicherlich die Zuspitzung der Vielfachkrise eine Rolle, die (bzw. deren Bearbeitung) von vie-

len Menschen – nicht zuletzt mangels an den Alltagsverstand anschlussfähiger Alternativen – zunehmend als Infragestellung ihrer Identitäten und als Gefährdung ihres Wohlstands erlebt werden.

Relevanter erscheint mir aber die erfolgreiche Hegemoniearbeit der extremen Rechten (Eicker 2024): erstens die zunehmende Hegemonieorientierung, die sich unter anderem in jenen strategisch-taktischen Veränderungen zeigt, die ich oben kurz unter dem Stichwort »Modernisierung« der extremen Rechten angerissen habe; zweitens die zunehmende Hegemoniefähigkeit bzw. die zunehmenden Machtressourcen der extremen Rechten etwa in Form des jahrzehntelangen Aufbaus von Netzwerken, Medien und anderen Strukturen, wobei aber auch die Veränderung öffentlicher Kommunikation im Zuge von Boulevardisierung und Digitalisierung eine Rolle spielen dürfte (z.B. Fuchs 2020).

Der aktuelle Zeitgeist weht also eindeutig von rechts und drängt progressive Bewegungen in einen Abwehrkampf um den mühsam erkämpften sozialen Fortschritt. Aber natürlich wäre es falsch, in eine reine Verteidigungshaltung zu verfallen, da weder die Frustrationen mit dem Status quo ausreichend erfasst werden könnten noch eine Perspektive zu dessen Überwindung darin ihren Platz hätte. An beiden Elementen – den Frustrationen wie dem Begehren nach besseren Verhältnissen – gilt es möglichst nah am Alltagsverstand anzusetzen: Gewerkschaften und Wohl-

fahrtsverbände, aber ebenso Klimabewegung und linke »Szene«, müssten noch sehr viel mehr zu Orten werden, an denen Solidarität für alle konkret erfahrbar werden kann. Solche Erfahrungen müssten dabei gleichzeitig in eine größere politische Perspektive eingebettet werden. Dies müsste aber vor allem auch von Bemühungen flankiert werden, stärker von links in die öffentliche Debatte einzugreifen, etwa um der Sündenbock-Politik auf Kosten Geflüchteter (und anderer marginalisierter Gruppen) allgemeinverständliche Analysen der Ursachen sozialer Verwerfungen entgegenzusetzen. Dies würde wohl unter anderem bedeuten, dass »wir« linke Kopfarbeiter*innen (gerade auch die mit dem kulturellen Kapital eines Prof.-Titels) uns stärker in öffentliche Auseinandersetzungen einbringen und vermutlich vor allem auch lernen müssten, wie wir dabei möglichst viele Menschen erreichen.

Literatur

- Akçit, Hakan (2023): Nach dem Anwerbestopp: Das Rückkehrhilfegesetz von 1983 (23.11.2023). URL: <https://heimatkunde.boell.de/>, Zugriff: 5.10.2024.
- AfD (2021): Deutschland. Aber normal. Programm der Alternative für Deutschland für die Wahl zum 20. Deutschen Bundestag (11.6.2021). URL: <https://www.afd.de/>, Zugriff: 5.10.2024.
- (2024a): Wie die AfD den Begriff »Migration« definiert (29.1.2024). URL: <https://www.afd.de/>, Zugriff: 5.10.2024.
 - (2024b): Facebook-Post (19.8.2024). URL: <https://www.facebook.com/>, Zugriff: 6.10.2024.
- Birsl, Ursula (2011): Rechtsextremismus und Gender. In: Dies. (Hg.): *Rechtsextremismus und Gender*. Opladen/Farmington Hills: 11-26. DOI: <https://doi.org/10.2307/j.ctvddzk42.4>.
- Buckel, Sonja u.a. (2014): Theorie, Methoden und Analysen kritischer Europaforschung. In: Forschungsgruppe »Staatsprojekt Europa« (Hg.): *Kämpfe um Migrationspolitik*. Bielefeld: 15-84. DOI: <https://doi.org/10.1515/transcript.9783839424025>.
- Butterwegge, Christoph (2008): Markttraktikalismus und Rechtsextremismus. Die neoliberale Hegemonie als Gefahr für die Demokratie. In: Ders. / Lösch, Bettina / Ptak, Ralf (Hg.): *Neoliberalismus. Analysen und Alternativen*. Wiesbaden: 203-223. DOI: https://doi.org/10.1007/978-3-531-90899-1_12.
- Demirović, Alex u.a. (Hg.) (2011): *Vielfach-Krise*. Im finanzmarktdominierten Kapitalismus. Hamburg.
- Eicker, Jannis (2021): Erklärungsansätze für Rechtsextremismus und ihre Systematisierung. Eine Untersuchung zum Stand der Theoriebildung in der Rechtsextremismusforschung. In: *Zeitschrift für Rechts-Extremismusforschung* 1(1): 131-146. DOI: <https://doi.org/10.3224/zrex.v1i1.08>.
- (2024): *Die extreme Rechte im langen Sommer der Migration: Eine historisch-materialistische Politikanalyse*. Dissertation. Universität Kassel. DOI: <https://doi.org/10.17170/kobra-2024071110517>.
- Fedders, Jonas (2016): Die Wahlerfolge der »Alternative für Deutschland« im Kontext rassistischer Hegemoniebestrebungen. In: Häusler, Alexander (Hg.): *Die Alternative für Deutschland*. Programmatik, Entwicklung und politische Verortung. Wiesbaden: 163-178. DOI: https://doi.org/10.1007/978-3-658-10638-6_12.
- Fuchs, Christian (2020): *Nationalism on the Internet. Critical Theory and Ideology in the Age of Social Media and Fake News*. New York/Abingdon. DOI: <https://doi.org/10.4324/9780429343476>.
- Georgi, Fabian (2018): Die Krise des europäischen Grenzregimes 2015/2016. Widersprüche, Kämpfe, Kräfteverhältnisse. In: *Wirtschaft und Management. Schriftenreihe zur wirtschaftswissenschaftlichen Forschung und Praxis* 26 15(1): 65-85.

- Görmann, Marcel (2021): AfD: Sogar Vize-Parteichefin Beatrix von Storch ist DIE-SER Beschluss zu rechts (14.4.2021). URL: <https://www.derwesten.de/>, Zugriff: 18.10.2024.
- Ha, Kien Nghi (2008): »Erdarbeiter« – »Gastarbeiter« – »Computer-Inder«: Arbeitsmigrationspolitik und innere Kolonisierung. In: Golly, Nadine / Cors, Stephan (Hg.): deplatziert! Interventionen postkolonialer Kritik. Berlin: 16-36.
- Heitmeyer, Wilhelm (2018): Autoritäre Versuche. Signaturen der Bedrohung. Berlin.
- Hickmann, Christoph / Kurbjuweit, Dirk (2023): Scholz und die Flüchtlingspolitik. »Wir müssen endlich im großen Stil abschieben« (20.10.2023). URL: <https://www.spiegel.de/>, Zugriff: 5.10.2024.
- Janz, Carsten (2024): Mehr als 314 Milliarden Euro für Geflüchtete. »Wir brauchen eine konsequente Asylwende« (14.9.2024). URL: <https://www.t-online.de/>, Zugriff: 6.10.2024.
- Kaindl, Christina (2005): Rechtsextremismus und Neoliberalismus. In: Dies. (Hg.): Kritische Wissenschaften im Neoliberalismus. Marburg: 180-200.
- Kastrup, Wolfgang (2016): Facetten des Neoliberalismus. In: Kellershohn, Helmut / Kastrup, Wolfgang (Hg.): Kulturkampf von rechts. Münster: 39-65.
- Kellershohn, Helmut (1998): Völkischer Nationalismus und seine Kernideologeme. Eine knappe Begriffsklärung. In: Jäger, Siegfried u.a. (Hg.): Der Spuk ist nicht vorbei. Duisburg: 22-26.
- Metzger, Nils / Klein, Oliver (2023): Wirbel um Merz-Aussagen: Wie Asylbewerber beim Arzt versorgt werden (28.9.2023). URL: <https://www.zdf.de/>, Zugriff: 5.10.2024.
- Morgenstern, Christine (2005): Rassismus in Neoliberalismus. In: Kaindl, Christina (Hg.): Kritische Wissenschaften im Neoliberalismus. Marburg: 163-179.
- Oberndorfer, Lukas (2012): Hegemoniekrise in Europa – Auf dem Weg zu einem autoritären Wettbewerbetatismus. In: Forschungsgruppe Staatsprojekt Europa (Hg.): Die EU in der Krise. Münster: 49-71.
- Oppenhäuser, Holger (2013): Demokratische Querfronten? Der neue Rechtspopulismus und die Ambivalenzen der direkten Demokratie. In: PROKLA 171 43(2): 277-295. DOI: <https://doi.org/10.32387/prokla.v43i171.270>.
- Seeßlen, Georg (2024): Bruchlinien. Anti-Demokratie, Neoliberalismus und die Auflösung des bürgerlichen Subjekts. In: agora42 16(3): 25-31.
- Stöss, Richard (1994): Forschungs- und Erklärungsansätze – ein Überblick. In: Kowalsky, Wolfgang / Schroeder, Wolfgang (Hg.): Rechtsextremismus. Einführung und Forschungsbilanz. Wiesbaden: 23-66. DOI: <https://doi.org/10.1007/978-3-322-9>.
- Urban, Hans-Jürgen (2009): Die Mosaik-Linke. Vom Aufbruch der Gewerkschaften zur Erneuerung der Bewegung. In: Blätter für deutsche und internationale Politik 54(5): 71-78.
- Weidel, Alice (2024): Facebook-Post (26.8.2024). URL: <https://www.facebook.com/>, Zugriff: 18.10.2024.



**WOCHEN
SCHAU
VERLAG**

... ein Begriff für politische Bildung

POLITISCHES FACHBUCH



Mut zur Demokratie

Nicht zuschauen, sondern handeln

Demokratiefeindliche Parolen und Äußerungen haben zugenommen. Müssen wir jetzt alle die Demokratie verteidigen? Nur Mut, ruft der Autor Klaus-Peter Hufer den Leser*innen zu und vermittelt in seinem Buch das Rüstzeug, um für die Demokratie einzutreten.

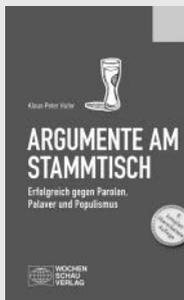
Dazu gehört das Wissen, woher die Idee der Demokratie eigentlich kommt. Wer waren die Vordenker? Und sind die Argumente der Vordenker und Vorkämpfer heute nicht noch die gleichen wie damals?

Der Autor belässt es nicht dabei. Er zeigt auf, wo wir uns auch mit kleinen Schritten engagieren können und welche Handlungsmöglichkeiten jeder Einzelne hat.

von Klaus-Peter Hufer

ISBN 978-3-7344-1688-0, 136 S., € 14,90

PDF: ISBN 978-3-7566-1688-6, € 13,99



ISBN 978-3-xxxx-xxxxx



ISBN 978-3-xxxx-xxxxx

Alle Titel
der Reihe im
Webshop -
auch als PDF.



www.wochenschau-verlag.de

Zeitung gegen Repression



DIE ROTE HILFE

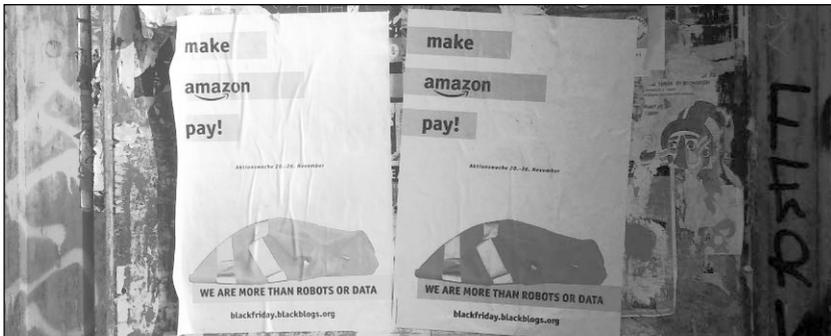


DIE ROTE HILFE erscheint viermal im Jahr und kostet 2, im Abonnement 10,- Euro im Jahr. Für Mitglieder der Roten Hilfe e.V. ist der Bezug der Zeitung im Mitgliedsbeitrag inbegriffen. Gefangene erhalten die Zeitung kostenlos.

Rote Hilfe Zeitung 4/2024
Schwerpunkt der Ausgabe:
Westsahara

**Erhältlich auch in gutsortierten
Bahnhofsbuchhandlungen**

info@rote-hilfe.de ★ rote-hilfe.de



ONLINE BUCH-LADEN

Bücher online bestellen bei links-lesen.de

Als Kollektivbetrieb betreiben wir links-lesen.de, eine Bestellplattform mit politischen Buchtipps und Rezensionen.

Mit den erwirtschafteten Überschüssen unterstützen wir das Netzwerk Selbsthilfe und/oder andere gerade aktuelle Initiativen.

@linkslesen - auch auf Twitter und Instagram

WWW.LINKS-LESEN.DE



**WOCHEN
SCHAU
VERLAG**

... ein Begriff für politische Bildung

POLITISCHES FACHBUCH



Mut zur Demokratie

Nicht zuschauen, sondern handeln

Demokratiefeindliche Parolen und Äußerungen haben zugenommen. Müssen wir jetzt alle die Demokratie verteidigen? Nur Mut, ruft der Autor Klaus-Peter Hufer den Leser*innen zu und vermittelt in seinem Buch das Rüstzeug, um für die Demokratie einzutreten.

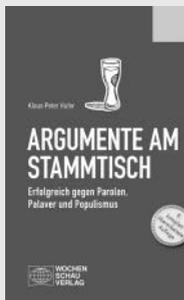
Dazu gehört das Wissen, woher die Idee der Demokratie eigentlich kommt. Wer waren die Vordenker? Und sind die Argumente der Vordenker und Vorkämpfer heute nicht noch die gleichen wie damals?

Der Autor belässt es nicht dabei. Er zeigt auf, wo wir uns auch mit kleinen Schritten engagieren können und welche Handlungsmöglichkeiten jeder Einzelne hat.

von Klaus-Peter Hufer

ISBN 978-3-7344-1688-0, 136 S., € 14,90

PDF: ISBN 978-3-7566-1688-6, € 13,99



ISBN 978-3-xxxx-xxxxx



ISBN 978-3-xxxx-xxxxx

Alle Titel
der Reihe im
Webshop -
auch als PDF.



www.wochenschau-verlag.de

Zeitung gegen Repression



DIE ROTE HILFE

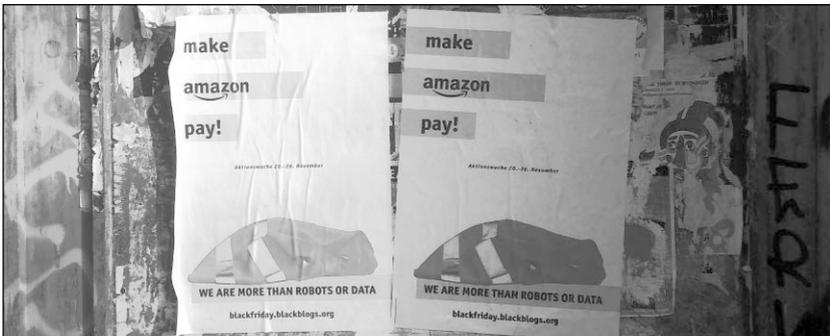


DIE ROTE HILFE erscheint viermal im Jahr und kostet 2, im Abonnement 10,- Euro im Jahr. Für Mitglieder der Roten Hilfe e.V. ist der Bezug der Zeitung im Mitgliedsbeitrag inbegriffen. Gefangene erhalten die Zeitung kostenlos.

Rote Hilfe Zeitung 4/2024
Schwerpunkt der Ausgabe:
Westsahara

**Erhältlich auch in gutsortierten
Bahnhofsbuchhandlungen**

info@rote-hilfe.de ★ rote-hilfe.de



ONLINE BUCH-LADEN

Bücher online bestellen bei links-lesen.de

Als Kollektivbetrieb betreiben wir links-lesen.de, eine Bestellplattform mit politischen Buchtipps und Rezensionen.

Mit den erwirtschafteten Überschüssen unterstützen wir das Netzwerk Selbsthilfe und/oder andere gerade aktuelle Initiativen.

@linkslesen - auch auf Twitter und Instagram

WWW.LINKS-LESEN.DE